

an alle Stadträte

## **Auswertung der Bürger-AG zum Bürgerhaushalt 2013**

### **I. Vorbemerkung**

Die Auswertung des diesjährigen und damit 3. BHH basiert auf den Vorschlägen, die im Rahmen der Befragung 2011 für den BHH 2012 von den Weimarer Bürgern selbst genannt wurden. Mit der 17. Ausgabe des Rathauskuriers wurden Abstimmungskarten im Stadtgebiet Weimar verteilt. Des Weiteren wurde die Möglichkeit einer Onlineabstimmung gegeben. Die Abstimmung erfolgte im Zeitraum vom 22.10.2011 bis 04.11.2011. Zusätzlich zu den im 1. Teil der Abstimmungskarten vorgegebenen Themenbereichen, die gewichtet werden konnten, wurde den Weimarern im Teil 2 die Möglichkeit gegeben, drei Vorschläge selbst zu benennen. 1.071 Meinungen und Anregungen konnten so zusammengetragen werden.

In 7 Treffen der Bürger-AG, an denen in der Regel 4 bis 6 Personen teilnahmen, wurden die 1.071 Meinungen und Anregungen inhaltlich ausgewertet, diskutiert und strukturiert. Dabei stand ab Juni 2012 die Stadtkämmerei unterstützend zur Verfügung. Die Ergebnisse werden nachfolgend für den Haushalt der Stadt Weimar 2013 den verantwortlichen Gremien zur Verfügung gestellt.

### **II. Verfahren und Auswertung**

Im ersten Schritt wurden die Nennungen den Einzelplänen und Unterabschnitten des Haushaltsplanes der Stadt Weimar zugeordnet.

Dabei konnten 95 Nennungen nicht berücksichtigt werden, da sie entweder

- zu unkonkret benannt wurden (z. B. alles muss bezahlbar bleiben, Geld nicht für unnütze Sachen ausgeben),
- gesetzlich reglementiert sind (z.B. Ausschreibungen wenn möglich in Weimar/Weimarer Land vergeben) oder
- nicht in den Zuständigkeitsbereich der Stadt Weimar fallen (z. B. Erhöhung der Tabak- und Alkoholsteuern, Angleichung der Ostrente an die Westrente).

Unabhängig von Zuständigkeiten wurde von der Bürger-AG der „Bau der Ostumfahrung“ in der ersten Sortierung berücksichtigt, da dieser mit 51 Nennungen eine besondere (politische) Priorität besitzt.



Im zweiten Schritt wurden die übrigen 925 Nennungen ausgewertet. Es wurden sowohl Vorschläge zur Einnahmensteigerung und Ausgabenminderung als auch zur Einnahmenminderung und Ausgabenerhöhung berücksichtigt. Die Bürger-AG hat es nicht als ihre Aufgabe angesehen, hierzu inhaltlich Stellung zu nehmen, da diese Aufgabe den politischen Entscheidungsträgern zukommt.

Das Ergebnis lässt sich innerhalb der Einzelpläne wie folgt darstellen (**siehe Anlage 1**).

In einem weiteren Schritt wurden die Vorschläge einer volumenmäßigen Betrachtung unterzogen. Dabei wurden sie entsprechend ihrer Nennungen gewichtet und soweit möglich mit den im Haushaltsplanentwurf 2013 eingestellten Ausgaben in den Unterabschnitten verglichen. Dabei wurden die Ausgaben des Verwaltungs- und Vermögenshaushaltes zusammengefasst und nur Nennungen > 4% betrachtet.

Hiernach lässt sich Folgendes feststellen:

Mit 11,24 % der 925 Nennungen wurden die Unterabschnitte 11\* Allgemeine Ordnungsangelegenheiten (104 Nennungen) und mit 11,14 % der Unterabschnitt 63\* Städtische Straßen, Wege und Brücken (103 Nennungen) überproportional oft genannt. Die Erhöhung von Kontrollen zur Einhaltung der Öffentlichen Sicherheit und Ordnung (z. B. bei Sauberkeit, Einhaltung Tempolimit, Graffiti u. ä.), aber auch die Überprüfung der Straßenbeschilderung, standen im Unterabschnitt 11\* im Vordergrund der Angaben.

Die Nennungen im Unterabschnitt 63\* bezogen sich hauptsächlich auf die Sanierung von Straßen und Fußwegen. Oft wurde dabei auch die Barrierefreiheit genannt. In beiden Bereichen sind im Vergleich zum Gesamthaushalt nicht genügend Haushaltsmittel im Haushaltsplanentwurf 2013 veranschlagt. Es werden hier lediglich 1,93 % der Gesamtausgaben im Unterabschnitt 11\* und 1,70 % im Unterabschnitt 63\* aufgewendet.

Zwei weitere Bereiche, in denen die Bürger-AG eine Diskrepanz zwischen den Ausgaben laut Entwurf Haushaltsplan 2013 und den Nennungen aus der Befragung sieht, sind die Unterabschnitte 59\* Sonstige Erholungseinrichtungen (53 Nennungen = 5,73 % zu 0,15 % laut Entwurf Haushaltsplan 2013) und 77\* Betriebshof (48 Nennungen = 5,19 % zu 2,42 % laut Entwurf Haushaltsplan 2013). Bei den Sonstigen Erholungseinrichtungen sprechen sich die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Weimar klar für den Bau bzw. die Sanierung von Spielplätzen und den Ausbau des Radwegenetzes in Weimar aus. Außerdem sind laut der Befragung Mehrausgaben für den Winterdienst und die Anschaffung von Stadtmobiliar (Papierkörbe, Hundetoiletten, Bänke) notwendig.

Auch der Unterabschnitt 46\* Einrichtungen der Jugendhilfe ist mit 41 Nennungen und somit 4,43 % hier zu erwähnen. Besonders benannt wurden Investitionen Kita´s und Kindergartengebühren. Allerdings stehen dem gegenüber 10,50 % geplante Ausgaben im Haushaltsplanentwurf 2013.

Mit 103 wurden viele Nennungen im Einzelplan 3 (Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege) gemacht. Eine Unterteilung in Unterabschnitte war hier teilweise nicht möglich, da die Nennungen oft sehr allgemein gehalten waren. Allerdings ging das Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger weit auseinander. 47 Nennungen - und damit 5,07 % - erachten die Ausgaben für den Kulturbereich als zu hoch und 30 Nennungen, also 3,24 %, möchten eine höhere oder zumindest gleichbleibende Finanzierung. Hinzu kommen 16 Nennungen gegen eine höhere Finanzierung des DNT und 10 dafür.

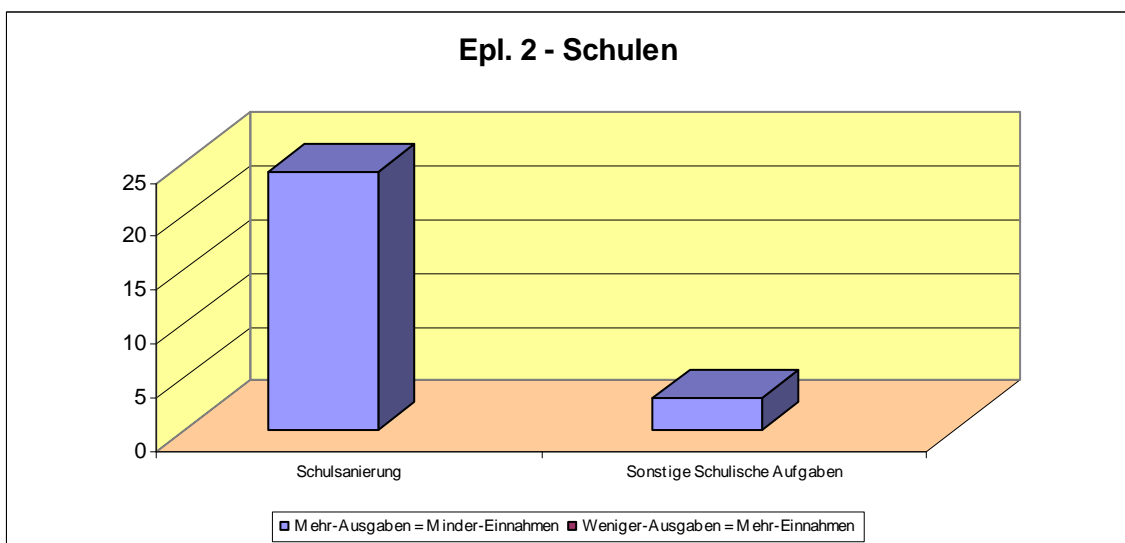
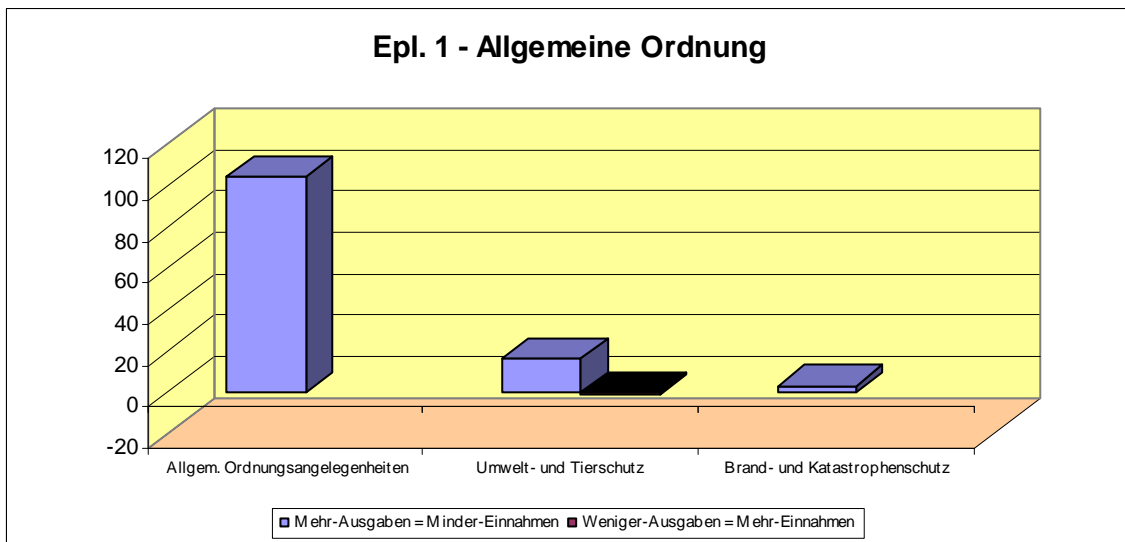
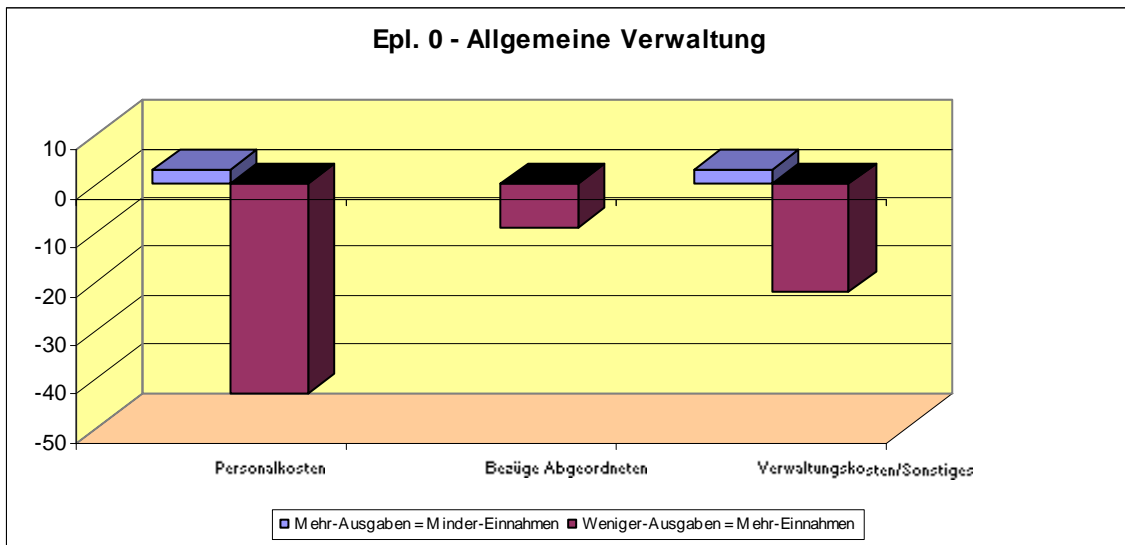
Auch die Nennungen zum Personalabbau bzw. zur Reduzierung der Personalkosten in der Stadtverwaltung, welche dem Einzelplan 0 zugeordnet wurden, aber Auswirkungen auf den Gesamthaushalt haben, sind mit 43 Stimmen (4,65 %) aufzuführen.

### **III. Schlussbemerkung**

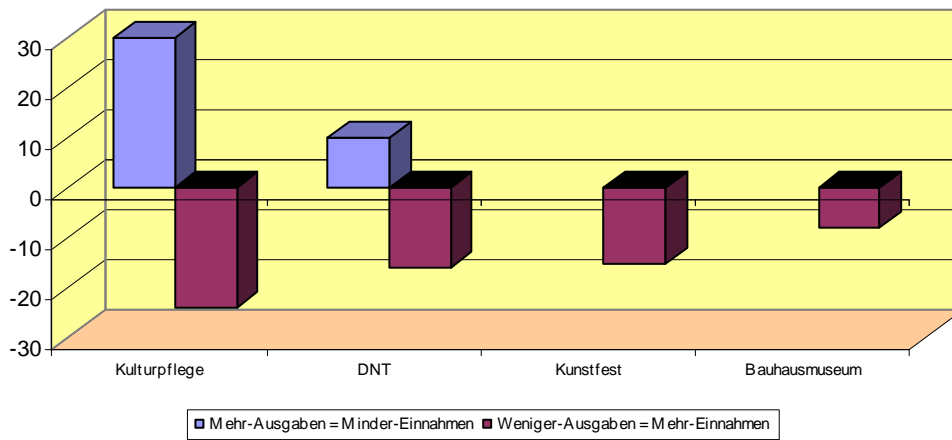
Soweit bei der vorliegenden Betrachtung die Themen Schuldenabbau, Schulsanierung und die Erhöhung der Ausgaben im Jugendbereich keine Priorität erkennen lassen, ist nochmals darauf hinzuweisen, dass diese bereits mit der Auswertung des Teil 1 der Befragung 2011 für den Bürgerhaushalt 2012 berücksichtigt und als wichtige Ziele benannt wurden.

Durch die oben genannten Umstände gestaltete sich die Auswertung des BHH 2013 sehr schwierig. Daher wird für die Zukunft verstärkt eine online gestützte Befragung angestrebt (siehe Antwort zur DS 147/2012).

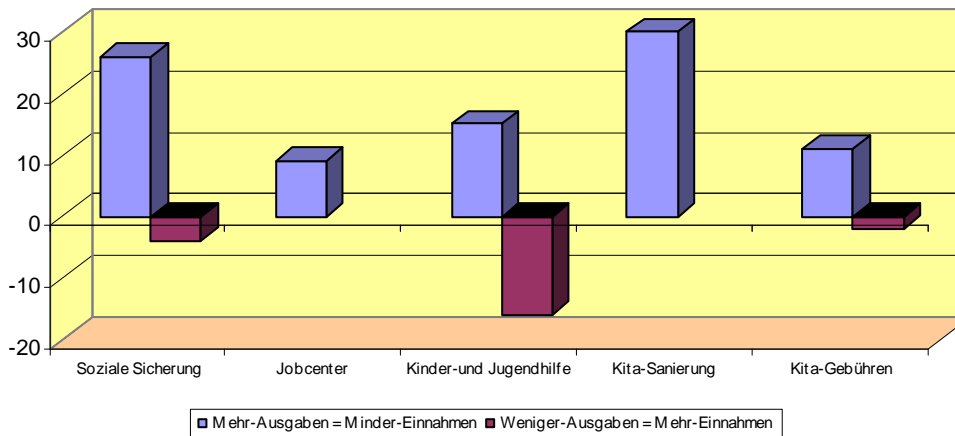
# Anlage 1



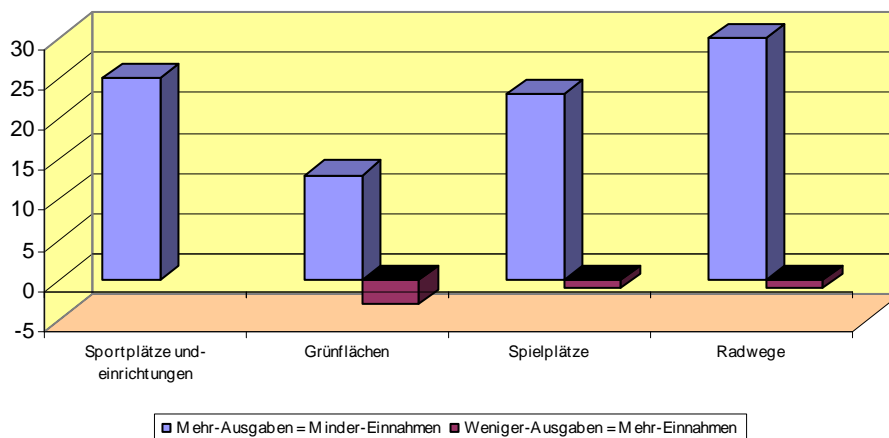
### Epl. 3 - Kultur



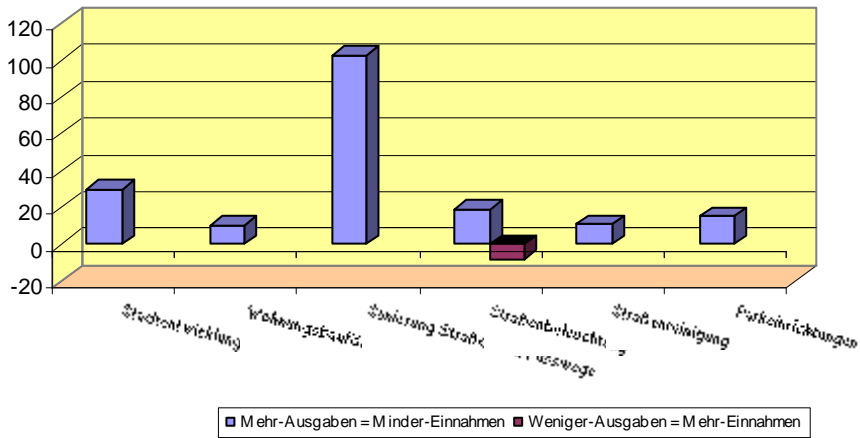
### Epl. 4 - Soziale Sicherung



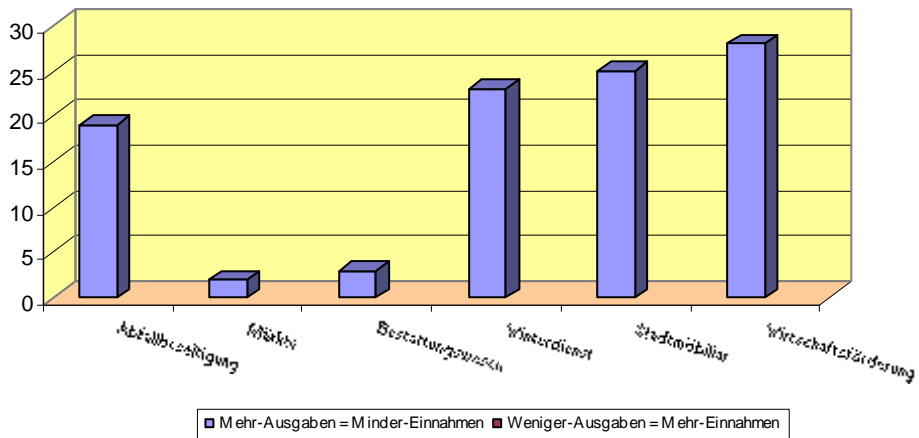
### Epl. 5 - Gesundheit, Sport, Erholung



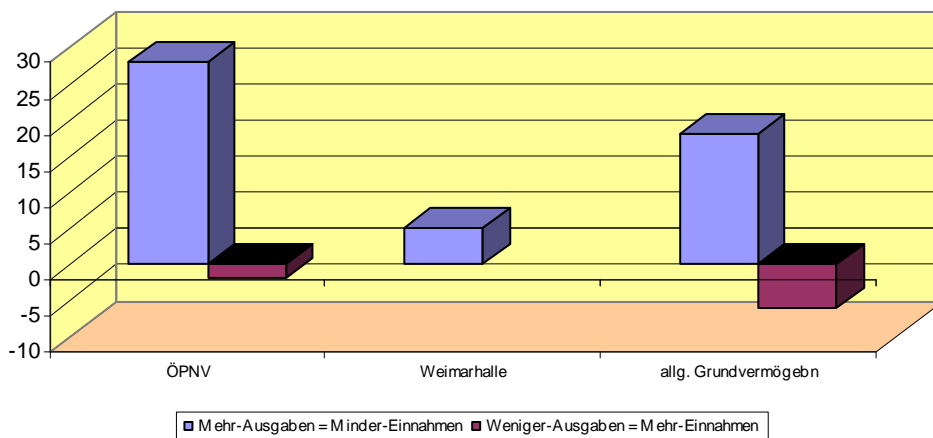
### Epl. 6 - Bau- und Wohnungswesen, Verkehr



### Epl. 7 - Öffentliche Einrichtungen/Wirtschaftsförderung



### Epl. 8 - Wirtschaftliche Unternehmen, allg. Grundvermögen



### Epl. 9 - allg. Finanzwirtschaft

